

Erklärung Bremer Schulleiter der Sekundarstufe I zur Pisa - E-Studie

Was tun an Schulen?

Die durch die **PISA-Studie** aufgezeigten Mängel des deutschen Schulwesens hatten ca. 30 Jahre Zeit zu „reifen“. Daher sind sie nicht von heute auf morgen mit kurzatmigen Schritten zu beseitigen. Gleichwohl müssen alle an Schule Beteiligten reagieren und notwendige Veränderungsprozesse einleiten. Wir sind gut beraten, wenn wir uns bei dieser pädagogischen Neuorientierung von den Modellen des **Lernorts Schule** leiten lassen, die bei dem internationalen PISA-Wettbewerb zu guten Ergebnissen gekommen sind: Finnland und Schweden. Auffällig ist, dass dort integrierte Systeme – Gesamtschulen – eingerichtet sind, in denen die Schüler von der ersten bis zur neunten Klasse zusammen unterrichtet werden. Nach der neunten Klasse fächert sich die Schulstruktur in unterschiedliche Bildungsgänge auf. Die ersten 9 Jahre der Schullaufbahn sind durch eine Lernkultur geprägt, die auf Sitzenbleiben und Notengebung weitgehend verzichtet. Die Schüler werden individuell gefördert. Leistungsschwache und – starke Schüler lernen miteinander und profitieren gegenseitig davon. Gleichzeitig ist ein Ganztagsbetrieb eingerichtet, der allen Beteiligten an Schule – Lehrer wie Schüler – Zeit und Gelassenheit verschafft, die unabdingbar für erfolgreiches Lernen sind.

Pisa hat gezeigt, dass das möglichst lange gemeinsame Lernen von Schülern unterschiedlicher Leistungsstärke in vielen Ländern zu großen schulischen Erfolgen geführt hat. Dagegen hat das deutsche dreigliedrige System solche Erfolge nicht vorweisen können. Von der Vorklasse bis zum Abitur fordern wir daher ein Schulkonzept "aus einem Guss" (Gemeinsamer Unterricht für alle Kinder von der 1. bis zur 9. Klasse. Nach der 9. Klasse können wir uns einen Überbau aus gymnasialer und beruflicher Bildung analog dem schwedischen System vorstellen).

Wir sind uns bewusst, dass das eine sehr weitreichende Forderung ist. Sie ist aber bei nüchterner Betrachtung von großer gesellschaftlicher Relevanz, denn die praktischen und intellektuellen Fähigkeiten aller Schüler werden auf diese Weise stärker gefördert und ausgeschöpft, als es das jetzige selektive System jemals geschafft hat und auch nicht schaffen wird.

Die zentrale Aufgabe für Schule und damit auch für Schulleitung ist eine Veränderung des Unterrichts, der den Schülern die Kompetenzen vermittelt, die für ein erfolgreiches späteres Leben in Gesellschaft und Beruf notwendig sind und die PISA für bestimmte Fachgebiete abfragt. Weiterhin sind erforderlich:

- die Entwicklung einer Lernkultur, die nicht Selektion, sondern die größtmögliche Förderung jedes Kindes in den Vordergrund stellt
- eine positive Einstellung zur Leistung und die Erarbeitung verbindlicher Standards, deren Überprüfung sichergestellt werden muss.
- eine Kultur der Zusammenarbeit zwischen Schule und Elternhaus
- die Einführung von Ganztagschulen

Das bedeutet: Wenn sich die Schülerleistungen verbessern sollen, muss das System Schule seine Dienstleistung als Voraussetzung dieser Schülerleistungen verbessern.

Notwendige inhaltliche Veränderungen:

In folgenden Bereichen des Unterrichts müssen Kompetenzen der Lehrerinnen und Lehrer entwickelt oder verstärkt bzw. Verhaltensveränderungen unterstützt werden:

- Kommunikationskompetenz – Lehrer muss Fachmann für Kommunikation mit allen an der Schule Beteiligten sein und dies als einen wesentlichen Teil seiner Arbeit begreifen.
- Planungskompetenz – Entwicklung zentraler didaktischer Konzepte - versus Stoffhuberei

- Methodenkompetenz – Vielfalt bei der Umsetzung dieser Konzepte
- Reflexionskompetenz – Schüler sind nicht Objekte, sondern Subjekte des Lernprozesses. Sie müssen und dürfen ihren eigenen Weg zur Aneignung des Lerngegenstandes finden. Eigentätigkeit und Eigenverantwortlichkeit von SchülerInnen sind zu stärken.
- Diagnose- und Prognosekompetenz
- Evaluationskompetenz

Strukturelle Voraussetzungen:

- Der Erwerb dieser Kompetenzen muss für alle Lehrkräfte verbindlich sein. Die inhaltliche Ausgestaltung und Schwerpunktsetzung für diesen Prozess ist Gegenstand schulischer Autonomie
- Es muss eine Tätigkeitsbeschreibung für Lehrerarbeit erstellt werden, die diese Kompetenzen definiert.
- Die im Schuldienst befindlichen Lehrer müssen dazu einen Teil ihrer Arbeitszeit für verbindliche Fortbildungsveranstaltungen nach einem individuellen Fortbildungsplan zur Verfügung stellen. Sie orientieren sich an einem in der Schule zu entwickelnden Gesamtplan.
- Für die Entwicklung, Umsetzung und Auswertung dieser Fortbildungspläne ist die Schulleitung zuständig.
- Die Lehrerfortbildung ist schwerpunktmäßig auf diese Aufgabe auszurichten.
- Dies macht zunächst eine umfassende Fortbildung der Fortbildner erforderlich.
- Dies bedeutet auch, dass es keine Fortbildner auf Lebenszeit geben darf (höchstens vier Jahre), weil sonst der Blick auf die Realität des schnellen Wandels des sozialen Bezugfeldes, insbesondere der Schule, verloren geht.
- Die Ausbildung zukünftiger Lehrer muss radikal umgestaltet werden – weg von der Überbetonung der Fachwissenschaft hin zur Priorität der Fachdidaktik und zum Erwerb der anderen o. a. Kompetenzen. Hierzu ist eine stärkere Verzahnung von Schule und Universität erforderlich. Das Halbjahrespraktikum oder das Forum „Lehren und Lernen“ sind Schritte in die richtige Richtung.
- Es muss ein Arbeitszeitraster festgelegt werden, das für Lehrer den zeitlichen Umfang folgender Tätigkeitsbereiche regelt:
 - Arbeit mit Schülern
 - Arbeit mit Kollegen (Unterrichtsplanung, Konferenzen, Supervision, Zusammenarbeit mit anderen Schulen usw.)
 - Arbeit für Fortbildung und Schulentwicklung
 - Arbeit mit Eltern und mit der Schule vernetzten Systemen
- Dieses Arbeitszeitraster muss für alle Schulen im Umfang verbindlich sein. Seine inhaltliche Ausgestaltung und Schwerpunktsetzung ist Gegenstand schulischer Autonomie

- Der Schulleiter muss für die Erfüllung der innerhalb dieses Rasters anfallenden Aufgaben die Richtlinienkompetenz erhalten.
- Gesamtkonferenz und Schulkonferenz sind deutlicher als beratende Mitwirkungs- und Gestaltungsgremien und nicht als Entscheidungsgremien zu definieren.
- Der Schulleiter muss mehr Möglichkeiten haben, Personalentwicklung zu gestalten. Es sind für alle Lehrkräfte systematisch Personalentwicklungsgespräche zu führen; ein "Belohnungssystem" ist zu entwickeln.
- Der Schulleiter muss mehr Einblick in die Arbeitsergebnisse der Schüler seiner Schule nehmen können.
- Schulleitungsämter sind nicht mehr abteilungs-, sondern auf die pädagogische Arbeit der Schule bezogen auszuscheiden. Die Anzahl der Schulleitungsmitglieder darf sich nicht nur an Schülerzahlen bemessen, sie muss auch besonderen Aufgabenfeldern einer Schule Rechnung tragen.
- Die Tätigkeiten eines Lehrers müssen (neu) bewertet werden (Klassenlehrer, Koordinationsaufgaben, Korrekturfächer u.a.) Auch diese Bewertung muss für die einzelnen Schulgattungen einheitlich vorgegeben werden.

Notwendige Ressourcen

- Die Frage, wie Förderressourcen (z.B. kleinere Gruppengrößen) verteilt werden, muss vollkommen neu beraten werden.
- Baumaßnahmen sind nötig, um genügend Raum für handlungsorientierten Unterricht bzw. Gruppenarbeit zu gewährleisten. Ebenfalls sind Lehrerarbeitsräume bereit zu stellen, um kollegiale Kooperationsstrukturen zu verbessern.
- Große Schulen brauchen eine eigene Bibliothek.
- Schulen mit einem hohen Anteil sozial benachteiligter Schüler brauchen in allen Ressourcenbereichen (Personal, Sachkosten, Räume) kontinuierlich eine mindestens 20prozentige Aufstockung im Vergleich zu entsprechenden Schulen in strukturstarken Gebieten (vgl. Schweden).
- Alle verbindlichen und autonomen Handlungsräume der Schule erfordern Selbst- und Fremdevaluation und ein übergeordnetes Controlling.
- **Die genannten neuen Aufgaben für Lehrer und Schulleiter können nur bewältigt werden, wenn dafür Zeit zur Verfügung gestellt wird; d.h. die Unterrichtsverpflichtung ist zugunsten der Bewältigung oben genannter Tätigkeiten zu reduzieren. Wir fordern die Einführung weiterer Ganztagsangebote und eine Verlagerung der Lehrerarbeitszeit hin zu einer längeren Präsenz in der Schule.**

Wir glauben mit diesen Konsequenzen aus Pisa Vorschläge gemacht zu haben, die das Bremer Schulwesen von Grund auf reformieren könnten, in dem wir gleichzeitig an zurückliegende Vorstellungen in der Bremer Schultradition anknüpfen.

Diese Erklärung ist einstimmig von den versammelten Schulleitungen der Sek I am 23. 9. 2002 verabschiedet worden.

**Gernot Fleddermann (SZ Pestalozzistraße)
Margret Agather-Rößler (SZ Drebberstraße)**

**Peter Lankenau (SZ Findorff)
Karlheinz Koke (Gesamtschule Mitte)**